



“Sicherheitspolitik findet nicht im VBS statt“

Ein Gespräch über Menschenrechte und Militär

amnesty international ist die weltweit wichtigste Instanz, wenn es um Menschenrechte geht. Was hält ai vom Zusammenspiel von Militär und Menschenrechten? Roland Brunner befragt Frauke Seidensticker, Generalsekretärin von amnesty international Schweiz.

Frau Seidensticker, viele Regierungen und viele Menschen meinen, Menschenrechte seien Zugeständnisse des Staates an seine Bürgerinnen und Bürger. Die Aufgabe, über die Einhaltung der Menschenrechte zu wachen, wird an den Staat delegiert. In meinem Verständnis waren und sind Menschenrechte von der Gesellschaft erkämpfte Rechte, die gegen Staaten und ihre Verfügungsgewalt abgesi-

chert werden müssen. Was sind Menschenrechte genau?

Frauke Seidensticker: Wahrscheinlich ist mein Verständnis des Konzepts der Menschenrechte recht nah an Ihrem: Auch für Amnesty International sind Menschenrechte Rechte, die jedenfalls im 20. Jahrhundert eindeutig als Schutz vor einem übermächtigen Staat gestärkt wurden. Die Entstehung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 ist doch auf dem Hintergrund des gewalttätigen deutschen Regimes zu sehen, und auch der Hintergrund der Entstehung einer Menschenrechtsbewegung wie der von AI sind wieder diktatoriale Regimes wie die lateinamerikanischen in den Sechzigern und Siebzigern. Für uns ist die Allgemeine Erklärung der

Menschenrechte die Referenz, neben den internationalen Konventionen natürlich, die sich ja ebenfalls aus der Erklärung nähren. Menschenrechte mögen von späteren Generationen anders definiert werden: Heute sind sie in erster Linie ein Instrumentarium, um denjenigen den Rücken zu stärken, die sich gegen staatliche Übergriffe zur Wehr setzen oder die in ihren – wirtschaftlichen oder persönlichen – Rechten vom Staat nicht genügend Schutz erfahren. Ob es nun um Landarbeiter in Lateinamerika geht oder um Frauen in Indien, die von Ehrenmorden bedroht sind.

Pierre Sané, der internationale Generalsekretär von amnesty international hat im Jahresbericht 1999 sehr deutlich auf die

doppelte Moral der internationalen Politik hingewiesen, einerseits mit Wirtschaftsbeziehungen und Waffenverkäufen repressive Regime zu stützen, um dann sehr selektiv militärisch gegen "Schurkenstaaten" vorzugehen. Wie gehen Militär und Menschenrechte zusammen?

Es geht weder darum, militärische Eingriffe mit menschenrechtlichen Begründungen plötzlich heilig zu sprechen noch sie zu verteufeln. Das Mittel mag schon vom Grundsatz her zweifelhaft sein, aber als Deutsche bin ich immer noch mit dem Eingreifen der Alliierten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges einverstanden. Die Frage ist doch: Wer befürwortet ein militärisches Eingreifen in einer Menschenrechtskrise in welchem Land aus welchem Grund? Die lupenreine Menschenrechtspolitik gibt es heute nicht, und darum wird AI nie ein grosses Gewicht auf die militärische Debatte legen. Unser Beitrag ist unspektakulärer und die Umsetzung unserer Empfehlungen ist mühsame Kleinarbeit: Erziehen Sie mal Ihre Polizei zu menschenrechtskonformem Verhalten, bilden Sie Ihre Kinder im Umgang mit Kleinkonflikten aus, verfolgen Sie die Täter von Menschenrechtsverletzungen, rehabilitieren Sie vormals Verfolgte... Das ist die eigentliche Arbeit, und sie stellt menschliche Anforderungen neben allen Kosten, die sie verursacht – auch wenn sie wohl billiger ist als ein Krieg...

Zu den Staaten, die mit militärischer Gewalt angeblich Menschenrechte durchsetzen wollen, gehören einige, die immer wieder in den Jahresberichten von amnesty international auftauchen, so zum Beispiel die USA wegen der weiterhin ausgesprochenen und vollzogenen Todesstrafe. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Doppelmoral?

Naja, eine Doppelmoral haben viele, nicht nur die USA. Wir haben diesen Punkt allerdings in unserer USA-Kampagne vor zwei Jahren deutlich herausgehoben: Neben der häufigen Anwendung der Todesstrafe gibt es da noch ganz andere

Missstände, von rassistischer Haltung der Gerichte über üble Misshandlungen in Gefängnissen oder in Polizeihaft bis zum Waffenhandel, der ja im krassesten Widerspruch zur so genannten Menschenrechtspolitik der USA steht. Darüber muss einfach Öffentlichkeit geschaffen werden: Unser Bericht zu den USA hat hier in der Schweiz wirklich eingeschlagen. Die Leute waren entweder total konsterniert – solche Missstände hätten sie nie erwartet – oder aber sie waren dankbar, dass endlich jemand darüber redet. Die Schweiz ist ja auch nicht so heilig, wie sie tut.

In einer Erklärung vom Juni dieses Jahres verurteilt amnesty international die internationale Politik, die mit militärischer Intervention zum Schutz von Menschenrechten schnell zur Hand sei, aber präventive Arbeit immer noch kaum finanzierbar bleibe (News Service 078/00, AI Index POL 10/03/00). Woher kommt dieser Widerspruch?

Das fragen Sie mich? Ich kann da nur Vermutungen anstellen. Einerseits sind politische Mediation, aufwendige Trainingsprogramme für Militär und Polizei oder die Etablierung eines funktionierenden Justizsystems, wie bereits erwähnt, teuer und sicher vielen Orts ungewohnt und unbequem. Zum andern stehen aber immer individuelle oder staatliche Machtinteressen der gerechten Konfliktlösung entgegen: Die Waffenlobby schläft ja auch nicht. Ausserdem ist es naiv, zu meinen, wir hätten schon so etwas wie eine Weltregierung. Die Uno, die schliesslich für diese Interventionen verantwortlich ist, ist doch nicht mehr als ein – unbalanciertes – Konglomerat aus ihren Mitgliedstaaten. Staaten handeln zum grössten Teil in eigenem Interesse. Und wenn es in einem anderen Land schwelt, greifen im Allgemeinen die Nachbarn erst ein, wenn deutlich wird, dass hier echte Risiken entstehen. Verstehen Sie mich richtig, die Idee einer verantwortlichen internationalen und regionalen Politik ist mir sehr sympathisch, aber heute haben wir ein kleines Instrumentarium und noch weniger finanzielle Mittel dafür.

Menschenrechte und humanitäre Hilfe erscheinen heute auch in der Schweiz immer mehr als Aufgabenfelder, die sich die Militärs ins Pflichtenheft schreiben und für die sie sich federführend verantwortlich erklären. Wo sehen Sie die Verantwortung und die wichtigsten Aufgaben für die Schweiz?

Humanitäre Hilfe ist nicht unser Schwerpunkt – aber die Menschenrechtspolitik im Rahmen des Militärs – das ist eine interessante Frage. Wenn die Schweiz sich an Missionen in Kriegs- oder Nachkriegsgebieten beteiligen will, könnte sie viel umfassendere Ausbildungen für die Entsandten im Menschenrecht-Monitoring und Reporting anbieten. Das gilt für waffenlose Missionen ebenso wie für bewaffnete (die wohl für die Schweiz nicht in Frage kommen). Was den Waffenhandel betrifft, hat sich die Schweiz ja im Bereich der Kleinwaffen profiliert, doch auch hier gibt es noch viel zu tun. Waffenexport in Länder, welche die Menschenrechte seit Jahren verletzen, zum Beispiel Saudi-Arabien, müsste konsequent unterbunden werden.

Aber vielleicht das Wichtigste überhaupt wäre der theoretische Ansatz: Wie wird eine internationale Friedens- und Sicherheitspolitik zu einer Menschenrechtspolitik? Wie wird die Zivilbevölkerung in Friedensprozesse mit einbezogen? Werden lokale Aktivitäten für politische oder wirtschaftliche Rechte gefördert, MenschenrechtsaktivistInnen vor Übergriffen geschützt, künftigen Konflikten durch Strafverfolgung der Täter von Menschenrechtsverletzungen vorgebeugt?

Schauen Sie langjährige Konflikte wie die in Kolumbien an, wo die Schweiz sich ja recht engagiert: Eine rein militärische Diskussion hat sich völlig überlebt. Sicherheitspolitik findet nicht im VBS statt. Sondern durch Unterstützung der Menschen, die in langjährigem Engagement Frieden und Gerechtigkeit für ihre eigene Heimat suchen.

